



## **„Die neue Verantwortung Europas“**

### ***„Wie die EU die neue Verantwortung Europas für die Welt organisatorisch lösen kann“***

Discours de Monsieur le Ministre des Affaires étrangères et européennes

Jean Asselborn

Baden-Baden, 8 mai 2018

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Rolle und Verantwortung der Europäischen Union in einer zunehmend komplexen und leider auch instabilen Welt – das ist mein Thema für heute Abend.

Wir erleben derzeit eine zunehmende Destabilisierung der Weltlage aufgrund zahlreicher Krisenherde. Gleichzeitig steht die Europäischen Union in Ihrem Innern vor vielen „Hausaufgaben“ – man denke insbesondere an die aktuelle Debatte über die Zukunft der Union, die Ausgestaltung einzelner Politikfelder wie etwa der Wirtschafts- und Währungspolitik und der Migrationspolitik, die bedrohte Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten, der Aufschwung rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien oder der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Doch bevor ich auf diese internen Aufgaben und Herausforderungen eingehen werde, möchte ich den aktuellen geopolitischen Rahmen etwas genauer beschreiben, beginnend mit der südlichen Nachbarschaft, die

unseren Kontinent doch sehr stark beeinflusst, übergehend zu unseren Beziehungen zu Russland sowie die gemeinsame Handelspolitik.

Seit vor über sieben Jahren der „**Arabische Frühling**“ ausgebrochen ist und fast vier Jahre nachdem die Terrormiliz "Islamischer Staat" ihr kurzlebiges Kalifat ausgerufen hat, ist die südliche Nachbarschaft politisch und ökonomisch noch instabiler geworden, als sie ohnehin bereits war. Es geht darum Konflikte in dieser Krisenregion politisch zu lösen, dies vorerst im Interesse der jeweiligen Bevölkerungen, aber auch im Interesse von uns Europäern.

Ich bin davon überzeugt, dass auch unser Frieden und die Sicherheit der EU im 21. Jahrhundert stark von den Entwicklungen in dieser Region abhängen werden.

Die Gesamtwetterlage im Nahen und Mittleren Osten ist so beunruhigend wie selten noch. Besonders in diesem Monat besteht erhöhtes Konfliktpotenzial, durch die Eröffnung der amerikanischen Botschaft in Jerusalem am 14. Mai, gefolgt vom Nakba-Gedenktag der Palästinenser, die unsichere Zukunft des Nuklearabkommens mit dem Iran, die weiteren Entwicklungen in Syrien, nicht zuletzt zwischen Israel und dem Iran, um nur einige Risikofaktoren zu nennen.

Seit dem Frühjahr 2011 muss das **syrische Volk** Fürchterliches über sich ergehen lassen: die schlimmste humanitäre Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg, Hunderttausende von Toten, doppelt so viele Verwundete und Verstümmelte, die Hälfte der Bevölkerung, die entweder innerhalb Syriens vertrieben ist, oder als Flüchtlinge im Ausland überlebt. Das Ausmaß dieser Katastrophe zeigt auch, dass es sich hier wahrscheinlich um das größte Versagen der internationalen Gemeinschaft seit dem Zweiten Weltkrieg handelt.

In Syrien werden Stellvertreterkriege von regionalen und internationalen Mächten auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen. **Syrien ist kein Schachbrett!**

Eine dauerhafte politische Lösung in Syrien hängt stark von der Haltung der Länder ab, die politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Einfluss auf die Kriegsparteien in Syrien ausüben, insbesondere Russland, der Iran, Saudi-Arabien, die Türkei und die USA. Die schweren Raketenangriffe am 29. April haben Sorgen vor einem direkten militärischen Konflikt zwischen Israel und Iran geschürt. Eine weitere Eskalation muss unbedingt vermieden werden.

Trotz dieser katastrophalen Situation darf man den Optimismus nicht vollständig verlieren. Der gemeinsame Einsatz der internationalen Gemeinschaft, mit dem Mitwirken der Europäischen Union, ist mehr gefragt denn je zuvor.

Der Ernst der Lage zeigt, dass die Konfliktlösung in Syrien oberste Priorität auf der internationalen Agenda haben muss. **Dabei muss Europa eine aktivere Rolle einnehmen.**

1. sich weiterhin für eine politische Lösung durch UN-Vermittlung einsetzen. Das Regime darf die Aufnahme von direkten Verhandlungen mit der Opposition über die politische Zukunft Syriens nicht länger und ohne jeden Grund hinauszögern. Alle Akteure müssen erkennen, dass ein dauerhafter Frieden nur dann zurückkehren kann, wenn ein umfassender und integrativer politischer Übergang durchgeführt wird. Das ist umso dringlicher, weil die humanitäre Notlage und schwere Kampfhandlungen in vielen Teilen des Landes anhalten.
2. weiterhin großzügig bleiben mit finanzieller Unterstützung – seit Anfang der Krise in Syrien haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten rund 11 Milliarden Euro bereitgestellt. Am 25. April fand in Brüssel auf Initiative der EU hin eine zweite

- Konferenz zur „Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region“ statt. Die Spenden für das laufende Jahr summierten sich auf 4,4 Milliarden Dollar;
3. die Arbeit der Organisation für das Verbot von chemischen Waffen unterstützen. Die Untersuchungen des Giftgas-Angriffs in Douma vom 7. April muss abgeschlossen werden;
  4. weiterhin die laufenden Bemühungen unterstützen, um die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu stellen; es darf keine Straffreiheit geben, auch keine chemische Straffreiheit.

Ohne Frieden in Syrien werden wir auch in Europa nicht in Frieden leben können.

Ich würde auch gerne ein paar Worte sagen über einen Krieg im Mittleren Osten von dem kaum jemand spricht.

Abseits der globalen Aufmerksamkeit tobt seit mehr als drei Jahren ein verheerender Bürgerkrieg im Yemen, der mehr als 10.000 Todesopfer gefordert hat. Dort leiden 22 der 27 Millionen Einwohner unter Hunger oder Mangelernährung, das sind über 80 Prozent. Die Vereinten Nationen sprechen von «dem größten humanitären Desaster der Gegenwart». Im Oktober 2016 brach eine Choleraepidemie aus, an der über eine Million Menschen erkrankt ist, mehr als die Hälfte davon sind Kinder.

Auch hier handelt es sich um einen Stellvertreterkrieg: Saudi-Arabien führt eine Koalition aus zehn Staaten, welche die abgesetzte Regierung stützen. Iran ist mit den Huthi verbündet. Und auch hier droht eine Eskalation. Seit November vergangenen Jahres wird Saudi-Arabien immer wieder mit Raketen aus dem Jemen beschossen. Gestern wurden wieder Raketen aus dem Jemen abgefangen.

Nach dem ersten Raketenbeschuss hatte die Militärkoalition eine Blockade gegen den Jemen verhängt. Dies führte dazu, dass sich die katastrophale humanitäre Lage weiter verschlimmert.

Als neuer UNO Vermittler für den Yemen soll nun der Brite Martin Griffiths die zerrissenen Gesprächsfäden wieder aufnehmen um zu einer politischen Lösung zu finden. In einem rezenten UN Bericht heißt es: *«Der Staat Jemen hat praktisch aufgehört zu existieren»*. *«Er ist zerfallen in zahlreiche verfeindete Territorien, die sich nur sehr schwer wieder zu einer gemeinsamen Nation werden zusammenflicken lassen.»*

Die EU wird Martin Griffiths bei seiner monumentalen Aufgabe so gut es geht unterstützen. Die Zukunft des Atomabkommens mit dem Iran (oder JCPOA) steht in dieser Woche ganz oben auf der Tagesordnung der internationalen Diplomatie. Gestern hat Präsident Trump auf Twitter angekündigt, dass er heute Abend um 8.00 Uhr dazu eine Erklärung abgeben wird.

Leider haben wir es mit einer amerikanischen Regierung zu tun, die beschließen könnte, dass der Iran sich nicht an die Bestimmungen des JCPOA hält. Somit könnten amerikanische Sanktionen im Alleingang gegen den Iran verhängt werden. Dies wäre eine harte Bewährungsprobe für das Abkommen.

Wir müssen alles tun, einzeln aber vor allem zusammen, als europäische Union, um unsere amerikanischen Partner davon zu überzeugen diese Richtung nicht einzuschlagen.

In diesem Sinne müssen wir klarmachen, dass wir die amerikanischen Bedenken bezüglich Irans Programm für ballistische Flugkörper und Irans Auftreten in der Region, vor allem in Syrien, teilen. Wir müssen allerdings betonen, dass diese Probleme nicht Teil des Atomabkommens sind und deshalb getrennt voneinander behandelt werden müssen. Die europäische Einheit ist hier unerlässlich.

Wie wir wissen, hat die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) bereits elf Mal bestätigt, dass der Iran seine nuklearen Verpflichtungen vollständig umsetzt. Das Abkommen beruht auf konkreten Verpflichtungen, Überprüfungsmechanismen und sehr strengen Kontrollen die von der IAEA ausgeführt werden. Diese Verpflichtungen wurden bisher wortgetreu von allen Teilnehmern des Abkommens eingehalten.

Die Anschuldigungen des israelischen Premierministers Netanyahu tragen nicht zur Beruhigung der Region bei, sie stärken jedoch die Relevanz des Abkommens. Während seiner Präsentation am 1. Mai hat Netanyahu keine Beweise vorgelegt, dass der Iran seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die IAEA hat auf die israelischen Anschuldigungen reagiert und am selben Tag wiederholt, dass sie seit 2009 keine glaubwürdigen Hinweise mehr habe, dass der Iran an der Entwicklung von Atomwaffen arbeite.

Der JCPOA zeigt, dass multilaterale Diplomatie funktionieren kann. Wir dürfen nicht erlauben, ein funktionierendes Abkommen aufzugeben.

Ein unilateraler Bruch des Abkommens durch die Vereinigten Staaten könnte schwerwiegende Konsequenzen auf die Sicherheit im Mittleren Osten und für Europa haben. Der Mittlere Osten ist unsere Nachbarschaft und kontinentale Raketen aus dem Iran könnten mittelfristig Europa bedrohen, nicht die Vereinigten Staaten. Der Iran könnte als Reaktion das Abkommen seinerseits brechen und die Uran-Anreicherung wieder herauffahren. Und andere Regionalmächte könnten sich ihrerseits dazu entschließen auf den Weg der Entwicklung von Nuklearwaffen zu gehen.

Ein gemeinsames Vorgehen der EU würde es erlauben, gleichzeitig ein klares Signal an den Iran, vor allem bezüglich seines Verhaltens in Syrien, und an die Vereinigten Staaten zu schicken, um die weitere Umsetzung des iranischen Atomabkommens im

Interesse der internationalen Sicherheit und der nuklearen Nichtverbreitung sicherzustellen.

Nun, bei allen anderen Konflikten im Mittleren Osten nimmt der israelisch-palästinensische Konflikt immer noch eine zentrale Rolle ein. **Ein Friedensabkommen zwischen Israel und Palästina** würde viel dazu beitragen, die Spannungen im Mittleren Osten sowie zwischen der islamischen Welt und dem Westen zu beruhigen. Wird er nicht dauerhaft gelöst, so wird dieser Konflikt weiterhin einen fruchtbaren Nährboden für Frustration, Hass und Radikalisierung liefern, regional und weltweit.

Gleichzeitig bin ich auch davon überzeugt, dass Respekt für internationales Recht die Basis für Frieden in Nahost ist. Über das Existenzrecht Israels darf es keine Zweifel geben, ebenso wenig wie über das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat. Das Festhalten der israelischen Regierung am **Siedlungsbau** – ohne jegliche politische Perspektive – schürt weiter Gewalt und Hass.

Wenn Israel jedoch seine demokratische wie auch seine demographische Zukunft langfristig sichern will, führt kein Weg an einer **Zwei-Staaten-Lösung** vorbei. Die Befürwortung dieser Lösung ist ein unumstößlicher Grundpfeiler der europäischen Außenpolitik in Nahost.

Die aktuelle Perspektivlosigkeit zehrt unerlässlich an der Glaubwürdigkeit eines Friedensprozesses. Die Parameter für eine politische Lösung des Konflikts liegen seit Jahren vor.

Von all den komplizierten Problemen, die den israelisch-palästinensischen Konflikt ausmachen, ist der Status von Jerusalem wohl das explosivste Thema.

Donald Trump hat eine historische Entscheidung getroffen, in der er Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannte. Es ist eine unilaterale Entscheidung, durch die sich die Vereinigten Staaten international isolieren, da sie nicht im Einklang ist mit den betreffenden UN-Resolutionen. Die EU hofft, dass Jerusalem die Hauptstadt zweier Länder sein wird: Israel und Palästina, die nebeneinander in Frieden und Sicherheit existieren sollten.

Zorn und Unzufriedenheit sind bei den Palästinensern größer denn je. Die Perspektiven für eine Versöhnung zwischen Fatah und Hamas sind derzeit schlecht. Die Legitimität von Präsident Abbas ist stark angeschlagen und er diskreditiert sich zu allem Überfluss zudem mit antisemitischen Ausfällen wie dies am 1. Mai in Ramallah bedauerlicherweise der Fall war, auch wenn er sich seitdem dafür entschuldigt hat.

Seit dem 30. März hat das vorsätzliche Vorgehen gegen Demonstranten im Gazastreifen über 50 unbewaffneten Palästinensern das Leben gekostet, dazu sind über 7000 Verletzte zu beklagen. Diese Vorgehensweise kann nur auf europäische Ablehnung stoßen. Die israelischen Behörden sollten äußerste Zurückhaltung üben und verhältnismäßig agieren, auch um neue Opfer und eine Eskalation der Gewalt zu verhindern. Und völkerrechtswidriges Benehmen muss geahndet werden.

70 Jahre nach der Gründung des Staates Israel, bleibt Gaza der Ort mit der höchsten Flüchtlingsdichte der Welt.

Die USA setzen unterdessen ihre Drohung um, Finanzhilfen an die Palästinenser zu kürzen. Es ist unverantwortlich, die finanziellen Zuwendungen für das UN-Flüchtlingshilfswerk UNRWA zu kürzen. UNRWA dient auch der Stabilität!

Wir Europäer müssen zeigen, dass auch die **Palästinenser ein Recht auf ihren eigenen Staat haben**. Allerdings haben die Europäer zu diesem Thema keine einheitliche Linie. Das macht es derzeit unmöglich, eine aktive Nahost-Politik zu gestalten.

So bleibt ein Europa, das nicht mit einer Stimme spricht, bis aus weiteres „*payer, not player*“, wobei eine Internationalisierung der Friedensbemühungen wünschenswerter denn je wäre. Mit den Vereinigten Staaten als alleiniger Makler wird der Friedensprozess nicht vorankommen. Die Annäherung zwischen Israel und Saudi-Arabien, eine Zweckallianz die sich vor allem gegen den Iran richtet, macht dies allerdings nicht einfacher.

Eine weitere geopolitische Herausforderung sind unsere Beziehungen zu Russland. Wir sind auf einem Tiefpunkt angelangt. Die Krim, der Donbass, Syrien, kontinuierliche Internetattacken, „*Fake News*“ und nicht zuletzt das Salisbury-Attentat machen es der Internationalen Gemeinschaft immer schwieriger Gesprächsstoff für einen positiven Dialog mit Moskau zu finden.

Wir sind besorgt über die schrumpfenden Kommunikationskanäle mit Russland. Gerade in Krisenzeiten ist der Dialog wichtig. Dieser Dialog ist in unserem eigenen Interesse, um Risiken zu reduzieren, Transparenz zu gewährleisten und Deeskalation zu fördern. Die Sackgasse muss vermieden werden. Dies setzt aber auch voraus, dass Russland eine andere Haltung einnimmt.

Die Position der EU ist es, weiterhin an den folgenden fünf Prinzipien des Engagements mit Russland festzuhalten:

1. Die Umsetzung des Minsker Abkommens;
2. Die Stärkung der Beziehungen zu den Mitgliedsländern der Ost-Partnerschaft der EU;

3. Die selektive Zusammenarbeit in Fragen die beiden Seiten wichtig sind, wie zum Beispiel dem Kampf gegen den Terrorismus;
4. Die Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft und zwischenmenschliche Kontakte.
5. Die langfristige politische Einstellung hin zu einer Normalisierung

Wir brauchen aber auch eine grundsätzliche Debatte: wie sollten unsere Beziehungen zu Russland in 10, 15, 20 Jahren aussehen und welche Politiken und Hebel müssen wir dafür einsetzen? Sanktionen und Misstrauen alleine sind keine Wegweiser in die Zukunft.

Gleich in der unmittelbaren Nachbarschaft hat es die Europäische Union mit den schwierigen Entwicklungen in der Türkei zu tun. Seit dem Putschversuch im Juli 2016 und dem Verfassungsreferendum im April letzten Jahres stehen die Zeichen denkbar schlecht. Daran ändern auch die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am kommenden 24. Juni nichts – im Gegenteil! Es handelt sich hier um einen geschickten politischen Schachzug Erdogans, der die Gunst der Stunde erkannt hat und seine Macht noch weiter zementieren will. Die ohnehin schon stark geschwächte Opposition und die Zivilgesellschaft wurden von der Entscheidung für vorgezogene Wahlen überrascht, ihnen bleibt kaum Zeit, sich angemessen vorzubereiten. Die Entwicklungen in der Türkei sind also weiterhin besorgniserregend, vor allem in Bezug auf den Rechtsstaat und die Menschenrechte. Es gibt keine Hoffnung für die Türkei, wenn sich die Lage der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte nicht ändert.

Auch auf regionaler Ebene bereitet das Verhalten Ankaras Sorgen innerhalb Europas. Der türkische Einmarsch ins syrische Afrin Anfang des Jahres war unverhältnismäßig. Die Offensive gegen Kurdengebiete in Nord-Syrien hat mit Selbstverteidigung nichts zu tun. Im EU-Türkei Dialog sowie innerhalb der NATO müssen wir darauf beharren, dass die Türkei ihren Plan und ihre Ziele in diesem Zusammenhang offenlegt. Den

Militäreinsatz der Türkei muss durch die Europäische Union und innerhalb der Nato offen und ehrlich diskutiert werden, da die Union und die NATO an erster Stelle Wertegemeinschaften sind.

Das Erweiterungspaket der Europäischen Kommission, das vor kurzem veröffentlicht wurde, zieht ebenfalls eine negative Bilanz bezüglich der Entwicklungen in der Türkei. Die Beitrittsverhandlungen sind derzeit de facto auf Eis gelegt, da die Türkei die Kriterien von Kopenhagen nicht mehr erfüllt. Trotz des negativen Ausblicks der Kommission, lehne ich eine formale Aussetzung der Beitrittsverhandlungen nach wie vor ab. Sie wäre kontraproduktiv und würde jene Menschen in der Türkei bestrafen, die große Hoffnungen in die Europäische Union setzen! Das Nichtabbrechen der Verhandlungen erlaubt der Union weitere Finanzmittel in die Türkei fließen zu lassen, welche die Zivilgesellschaft und die nach Europa blickende Jugend unterstützen.

Eine Kernverantwortung der Union stellt unsere gemeinsame Handelspolitik dar. Die globalen Spannungen im Handelsbereich sind eine nicht weniger große Herausforderung für die Union und ihre Mitgliedsstaaten, die sich für die Einhaltung des multilateralen Systems, mit der Welthandelsorganisation im Mittelpunkt, einsetzen müssen.

Gewiss ist das System nicht perfekt, und es gibt noch viel zu tun, um den internationalen Handel fair und unter Einhaltung höchster Sozial- und Umweltstandards zu gestalten. Besorgniserregend ist auch, dass einige Staaten den internationalen Handel durch illegale Beihilfen und Subventionen verzerren, wodurch Überkapazitäten und die Ausfuhr von Dumpingwaren begünstigt werden. Sowohl die europäische als auch die amerikanische Industrie leiden unter diesem unlauteren Wettbewerb.

Die Diagnose von Präsident Trump ist daher nicht unbedingt falsch.

Aber ich kann dem von den amerikanischen Behörden eingeschlagenen unilateralen Weg nicht zustimmen. Die einseitige Einführung von Zöllen fördert nur weitere Spannungen und gefährdet die multilateralen Strukturen.

Sie gefährdet auch die europäische Industrie. Der US-Präsident hat zwar gerade beschlossen, die Ausnahmeregelung für die Europäische Union um einen Monat zu verlängern aber die verbleibende Unsicherheit ist nicht akzeptabel. Die Union wird weiterhin den Dialog suchen, aber wir werden dabei klarstellen müssen, dass wir nicht mit einem Damoklesschwert über uns verhandeln können.

Dabei werden wir auch zu verstehen geben, dass wir dabei helfen können, den Missbrauch des Welthandelssystems durch Staaten wie China aus der Welt zu schaffen. Aber das können wir auch nur dann tun, wenn die US-Behörden uns als Freunde betrachten und sich selbst auch für die Erhaltung des multilateralen Handelssystems einsetzen.

Trotz dieser von außen auf die Europäische Union einwirkenden Herausforderungen geopolitischer und handelspolitischer Natur ist es für die Union von Bedeutung, ihre eigene Rolle besser zu definieren und zu einem klaren Verständnis ihrer eigenen Verantwortung zu kommen.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat zu Recht in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament betont, dass unsere gemeinsame Antwort auf den aufkeimenden Nationalismus nur ein Bekenntnis zur europäischen Demokratie, zu unseren gemeinsamen Werten und zur europäischen Identität sein kann. Diese gemeinsamen Errungenschaften – Demokratie, Werte, Identität – müssen wir gemeinsam gegen die Populisten verteidigen! In seiner Rede vor dem Europaparlament forderte Emmanuel Macron, dass wir eine „neue europäische

Souveränität“ auf der Grundlage der beiden Säulen Demokratie und Schutz herstellen müssen. Basierend auf dem Prinzip der Solidarität soll diese europäische Souveränität die Unionsbürger in allen erdenklichen Situationen schützen. Dieser Vorschlag ist begrüßenswert, denn die Populisten schüren Angst und Verunsicherung, indem sie der Union vorwerfen, beim Schutz ihrer Bürger versagt zu haben.

Neben der Sicherheit und des Schutzes der Bürger vor äußeren Bedrohungen stellen die Frage der Migration sowie die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion zentrale Themen für die Zukunft Europas dar. Wir hoffen, bis zum Ende der Legislaturperiode greifbare Ergebnisse in diesen Angelegenheiten erzielen zu können. In Anbetracht der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen muss unser gemeinsames Ziel ein Europa sein, das stärker, geeinter und demokratischer ist. Aus diesem Grund ist es begrüßenswert, dass die Überlegungen über die Zukunft der Union nicht nur auf politischer Ebene stattfinden, sondern auch die Bürger einbeziehen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union organisieren nämlich Bürgerkonvente, die es den Bürgern ermöglichen, sich zu äußern und ihre Stimme in diese Debatte einfließen zu lassen. Die Ideen, die sich aus diesen Konventen ergeben, werden in die Überlegungen der Europäischen Union einfließen, um Handlungsprioritäten für die nächsten fünf bis zehn Jahre festzulegen.

Es ist hilfreich, dass die aktuellen Impulse in Richtung einer Erneuerung der Europäischen Union auch von dem deutsch-französischen Tandem mitgetragen werden. Vor kurzem erst haben Präsident Macron und Kanzlerin Merkel angekündigt, bis zum Treffen des Europäischen Rates Ende Juni gemeinsam konkrete Reformvorschläge für die Wirtschafts- und Währungsunion vorzulegen. Des Weiteren wird es interessant sein zu sehen, welches Gewicht Deutschland und Frankreich ihrer Zusammenarbeit in europapolitischen Fragen im neuen Élysée-Vertrag beimessen werden. Es ist unbestritten, dass ein starkes deutsch-französisches Tandem ein wichtiger Schritt in Richtung eines handlungsfähigen und außenpolitisch

unabhängigen Europa ist. So bedeutend also eine inhaltliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich im Sinne der europapolitischen Zukunft ist, so entscheidend ist dennoch, dass sämtliche EU-Mitgliedstaaten gestalterisch mitmachen können und wollen. Über die Zukunft der Union zu entscheiden wird allen Mitgliedstaaten Kompromissbereitschaft abverlangen. Zurzeit noch ist Abtasten Trumpf. Pessimisten sprechen gar von Blockadehaltung zum Beispiel in Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion.

Trotz allen derzeitigen internen Herausforderungen entwickelt sich das Wirtschaftswachstum innerhalb der Eurozone derzeit sehr positiv. Doch gerade in diesen guten Zeiten sollten wir Sorge dafür tragen, die Wirtschafts- und Währungsunion auch langfristig zu stabilisieren. Eine Vertiefung der Eurozone würde es uns insbesondere ermöglichen, die Eurozone für zukünftige Herausforderungen widerstandsfähiger zu machen. Nun gilt es zu handeln! Die Bankenunion muss gestärkt, der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) weiterentwickelt, und die Währungsunion im Sinne der Solidarität ausgebaut werden. Die von Kommissionspräsident Juncker vorgeschlagene Idee, eine Haushaltlinie für die Eurozone im EU-Haushalt vorzusehen, sollte vertieft werden. Die Schaffung völlig neuer Institutionen – wie etwa die Schaffung eines Parlaments der Eurozone, eines europäischen Finanzministers oder eines Haushalts der Eurozone – stellt jedoch keine vordringliche Aufgabe dar. Es handelt sich hierbei um weitreichende Reformen, welche die gesamte institutionelle Struktur der Union sowie das interinstitutionelle Gleichgewicht zutiefst beeinflussen würden. Daher sollten wir uns die nötige Zeit nehmen, um über diese Ideen nachzudenken und nicht voreilig zu entscheiden.

Als eine weitere Herausforderung hat sich die mangelnde Achtung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Europäischen Union erwiesen. Es tut weh, feststellen zu müssen, dass heute einige Mitglieder der Europäischen Union an den Kopenhagener Kriterien, die ein jeder Beitrittskandidat respektieren muss und die vor

25 Jahren vom Europäischen Rat beschlossen wurden, scheitern würden. Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Justiz, Trennung der Gewalten, sind keine Wahlfächer in der Europäischen Schule. Das sind unanfechtbare Kriterien, die man als Mitglied der Wertegemeinschaft Europäische Union respektieren muss, und zwar nicht nur in dem Moment des Beitritts.

Die Lage in Polen bleibt besorgniserregend – insbesondere im Hinblick auf die Unabhängigkeit der Justiz und die Gewaltenteilung. Im Dezember 2017 stellte die Kommission fest, dass in Polen die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit besteht. Aus diesem Grund entschied sich die Kommission dazu, das Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags einzuleiten. Mittlerweile ist es glücklicherweise gelungen, einen Dialog zwischen der Kommission und der polnischen Regierung auf die Beine zu stellen. Dennoch sind weitere Schritte von Seiten der polnischen Regierung notwendig, damit die Achtung der Rechtsstaatlichkeit in Polen wieder vollständig wiederhergestellt ist. Ich hoffe, dass die polnische Regierung diese Schritte in den kommenden Wochen unternimmt. Ich will nur daran erinnern, dass Polen im Zuge der Osterweiterung von 2004 als ein Referenzmodell galt. Leider hat hier eine höchst bedauerliche Rückentwicklung stattgefunden, die nun schnellstmöglich umgekehrt werden muss!

Doch nicht weniger bedrohlich ist die Lage mittlerweile auch in Ungarn. Nach der Wiederwahl von Viktor Orbán bleibt die Pressefreiheit in Ungarn weiterhin in Gefahr. Insgesamt ist eine bedauerliche Entwicklung im Hinblick auf den Rechtsstaat festzustellen, die viele ungarische Bürger dazu veranlasst, zu demonstrieren. Im Europäischen Parlament wird derzeit ein Berichtsentwurf debattiert, demzufolge eine systematische Aushöhlung des ungarischen Rechtsstaats vorliegt. Der Berichtsentwurf kommt zur Schlussfolgerung, dass in Ungarn eine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet,

besteht. Es bleibt abzuwarten, ob der Berichtsentwurf die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit finden wird.

Als Unionsbürger haben die Ungarn und Polen das Recht auf einen funktionierenden Rechtsstaat. Damit die auf Artikel 2 begründete Wertegemeinschaft wirklich lebendig wird, müssen wir die dort genannten Werten und deren unerschütterliche Gültigkeit immer wieder neu „beleben“. Rechtsstaatlichkeit ist der Sauerstoff, der Demokratien am Leben hält. Wir dürfen nicht in eine illiberale Demokratie abrutschen. Darum sind Entscheidungen, wie die der ungarischen Regierung, Vertreter der Zivilgesellschaft zu Kriminellen abzustempeln und zu bestrafen, weil sie Flüchtlingen geholfen haben, nicht vereinbar mit den Grundprinzipien einer Demokratie. Interessant ist aus diesem Grund auch der Vorschlag der Kommission, Finanzierungen durch die Union stärker an die Rechtsstaatlichkeit zu koppeln. Die Kommission hat im Rahmen ihres Vorschlags für ein pragmatisches, modernes und langfristiges Budget für den Zeitraum von 2021 bis 2027 einen neuen Mechanismus vorgestellt, der den EU-Haushalt vor finanziellen Risiken schützen soll, die auf generelle Rechtsstaatlichkeitsdefizite in den Mitgliedstaaten zurückgehen. Nun gilt es, sich vertieft mit diesem Vorschlag auseinanderzusetzen.

Auch der Brexit gehört zu den aktuellen Herausforderungen der Union. Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich stehen zurzeit in historischen Verhandlungen: zum ersten Mal wird sich die Union von einem Mitgliedstaat trennen müssen! Obwohl diese demokratische Entscheidung zuerst ein Schock war, geht die Europäische Union ganz pragmatisch mit dieser Situation um. Es gilt nun, einen geordneten Austritt zu erzielen und somit die Unsicherheiten für die Bürger zu minimieren. Zweifelsohne bleibt das Vereinigte Königreich trotz Austritt ein wichtiger Partner, doch feststeht, dass ein Drittstaat nicht dieselben Vorteile genießen kann wie ein Mitgliedstaat.

Gewiss stellt der Austritt des Vereinigten Königreichs eine bislang einzigartige Herausforderung für die Europäische Union dar. Der Brexit bedeutet jedoch nicht das Ende der Europäischen Union. Im Gegenteil, der Brexit scheint vielmehr ein Weckruf für die 27 verbleibenden Mitgliedstaaten zu sein. Das Ergebnis des britischen Referendums ist eine schmerzhaft Erinnerung daran, dass die Europäische Union – besonders in manchen Mitgliedstaaten – noch nicht nah genug am Bürger ist. Aber die Union kann nicht der Sündenbock für alles sein, darum ist es auch die Pflicht der Politiker in den Mitgliedstaaten, wieder stärker mit allen Bürgern – und nicht nur mit dem Wähler! – in Kontakt zu treten. Um genau diese Distanz zwischen den europäischen Institutionen und dem Bürger zu überbrücken, schlug der französische Präsident Macron vor, Bürgerkonvente über die Zukunft von Europa ins Leben zu rufen. Dank dieser Konvente können die Bürger ihre Sorgen und Wünsche in die aktuell stattfindende Debatte über die Zukunft Europas einbringen.

Zudem könnte der Brexit sich sogar als Sprungbrett für eine stärkere Rolle der Europäischen Union auf der Weltbühne erweisen. Mit dem Austritt verliert die Union ein Mitglied, das zu den außen- und sicherheitspolitisch einflussreichsten Staaten der Welt zählt. Angesichts des Brexits und der aktuellen globalen Herausforderungen, könnte dieser Verlust die Europäische Union anspornen, auf der internationalen Bühne geeinter aufzutreten. Heute ist es also notwendiger denn je, dem europäischen Motto „in Vielfalt geeint“ Rechenschaft zu tragen: die 27 Mitgliedstaaten müssen enger zusammenrücken um somit gemeinsam ihre Interessen gegenüber unseren internationalen Partnern verteidigen zu können.

\*

Die Europäische Union kann ihrer Verantwortung in der Welt langfristig nur gerecht werden, wenn sich auch erfolgreich mit ihren eigenen internen Herausforderungen auseinandersetzt. In diesem Sinne befindet sie sich weiterhin in einem intensiven

Rollenfindungsprozess, bei dem es einerseits um ihre Verantwortung als ein ernstzunehmender „*global player*“ geht, und andererseits um ihre Verantwortung gegenüber ihren Bürgern.

Auf beiden Ebenen ist meines Erachtens das zusammenführende Element die Solidarität und die Geschlossenheit. Ohne diese Grundprinzipien sind langfristige Lösungen nicht wirklich denkbar: weder in der Aufrechterhaltung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, noch in der Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, oder im Umgang mit den Folgen des Brexits und der Gefahren des Populismus. Gleiches gilt für den Umgang der Union mit externen Krisen. Hier hat sich die Europäische Union immer für einen diplomatischen Umgang und für den Verhandlungsweg eingesetzt. Diese „Tradition“ im Rahmen des vergleichsweise jungen europäischen Projekts müssen wir mutig vorantreiben, gerade in der aktuellen chaotischen und unübersichtlichen Weltlage.

Trotz der Vielzahl an aktuellen Herausforderungen dürfen wir nicht in Schwarzmalerei verfallen: Fakt ist, dass die Welt heute ein besserer Ort ist als noch zur Zeit unserer Großeltern. Darum bin auch vorsichtig optimistisch angesichts aller internen und externen Krisen: die Geschichte hat bewiesen, dass Herausforderungen auch als Chance angesehen werden können, die Staaten dazu anspornt, verstärkt zusammenzuarbeiten. Möge man die Signale der Geschichte in Europa richtig deuten.

Vielen Dank!

\*

\*

\*